

14/J

der-Abgeordneten Dolinschek und Kollegen
an den Bundeskanzler
betreffend Rekordarbeitslosigkeit

Die Tatsache, daß die Budgetkonsolidierung oft versprochen und nie durchgeführt wurde, rächt sich jetzt bitter. Schon im OECD Wirtschaftsbericht 1993-1994 wurde die österreichische Budgetpolitik kritisiert und festgestellt, daß zusätzliche budgetäre Maßnahmen notwendig sein werden, um den staatlichen Finanzierungsbedarf zurückzuführen und die Verschuldungsquote zu begrenzen. Darüber hinaus weist dieser Bericht auch die finanzpolitischen Versäumnisse der Bundesregierung bei der Defizitreduktion nach. So war die Fiskalpolitik im Zeitraum 1987-1991, trotz des kräftigen Wirtschaftswachstums, weitgehend konjunkturneutral angelegt. In diesem Zeitraum wurde es demnach verabsäumt das Budgetdefizit entscheidend zu reduzieren. Die Zwangsvorstellung der dzt. Bundesregierung, alles zu unternehmen, um den Untergang des österreichischen Schilling zu erreichen, erfordert entsprechende budgetäre Vorleistungen, die auch wegen der mutwillig abgebrochenen Budgetverhandlungen und dem damit herrschenden Budgetchaos zu dramatischen Arbeitsplatzverlusten führt. Die Korrektur der verfehlten SPÖ-Budgetpolitik der vergangenen Jahre soll jetzt allem Anschein nach auf Kosten der Arbeitnehmer durchgeführt werden. Die gesellschaftspolitischen Auswirkungen der jetzt herrschenden Rekordarbeitslosigkeit (allein 295.000 im Jänner 1996) sind der dzt. sozialistisch dominierten Bundesregierung offenbar völlig gleichgültig.

Der Ernst der derzeitigen wirtschaftlichen Situation drückt sich z.B. in der Insolvenzstatistik aus. So betragen die Insolvenzpassiva im Jahr 1995 mehr als 63 Mrd. öS (gefährdete Arbeitsplätze nahezu 30.000). (Im Gesamtjahr 1985 mußten Insolvenzpassiva von 11,5 Mrd. öS festgestellt werden.)

Allein die Insolvenzen im Jänner 1996 lassen eine Verbesserung dieser Negativrekorde nicht. Die dramatische Lage der österreichischen Wirtschaft wird durch folgende Beispiele deutlich aufgezeigt.

Die eindeutige Krisenbranche ist dzt. die Bauwirtschaft. Durch die schwache Baukonjunktur und wegen fehlender Infrastrukturaufträge (Budgetchaos) hat die Baubranche übermäßig zu leiden. Die drastische Reduktion der Infrastrukturausgaben führt zu einer Rekordarbeitslosigkeit von nahezu 100.000 Bauarbeitern im Winter 1995/1996. Das Wifo erwartet für das Jahr 1996 einen Rückgang des Bauproduktionswertes im Ausmaß von rund 1,5% und für das Jahr 1997 ist zu befürchten, daß der Bauproduktionswert sogar um mehr als 2% sinken wird. Es muß daher im Bereich der Bauwirtschaft mit einer Sockelarbeitslosigkeit von mehr als 10% gerechnet werden.

Die schlechte Verhandlungsführung der österreichischen Bundesregierung bei den EU-Beitrittsverhandlungen verunmöglichte mit dem EU-Beitritt nahezu alle Japan-Exporte von österreichischen Automobilzulieferern. Betrug das Exportvolumen in Spitzenjahren rd. 4,3 Mrd. öS, so sind jetzt lediglich Exporte in der Größenordnung von knapp 1 Mrd. öS möglich. Eine weitere Abschwächung des Japan-Geschäfts wird durchaus erwartet.

Betroffene Arbeitsplätze: direkt rund 3.500 und in weiterer Folge rund 7.000 (zumeist in Problemregionen). Eine der am schwersten betroffenen Firmen ist Semperit. Der Vorstandschef der Semperit Reifen AG rechnet mit einem Totalausfall des Japanexportes im Jahr 1997.

Der dafür Hauptverantwortliche BM Dr. Schüssel ließ dazu im Parlament am 18.04.1994 verlauten:

"Trotz harter Konkurrenzsituation mit Betrieben in der EU ist es bei den Verhandlungen mit der Europäischen Union einerseits und in Gesprächen mit der japanischen Wirtschaft andererseits gelungen, sicherzustellen, daß die österreichischen Exportquoten nach Japan voll beibehalten werden."

Als weitere Branche, die der EU-Beitritt in große Schwierigkeiten brachte, ist die Nahrungsmittelindustrie zu nennen. Betriebsschließungen, drastische Personalreduktionen, deutliche Rückgänge der Produktion und die Notwendigkeit weitere 10.000 Arbeitsplätze innerhalb der nächsten vier Jahre abzubauen zeigen den dramatischen Zustand der heimischen

Nahrung- und Genußmittelindustrie deutlich auf.

Eine weitere Belastung für den Arbeitsmarkt werden die Rationalisierungsmaßnahmen im Bereich der österreichischen Banken bringen. es ist zu befürchten, daß in den nächsten Jahren im Bereich der Banken rund 15-20% der rund 70.000 Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz verlieren werden.

Der Zustand der österreichischen Wirtschaft ist also durch Insolvenzrekorde und eine Rekordarbeitslosigkeit gekennzeichnet. Da es die erklärte Absicht der dzt. Bundesregierung ist, die Konvergenzkriterien auf Biegen und Brechen zu erfüllen, muß auch für die Zukunft mit weiteren Pleitenrekorden und einer anhaltend hohen Arbeitslosigkeit gerechnet werden. Aus gesellschaftspolitischen Überlegungen sind jedoch weder Insolvenzrekorde noch die damit einhergehende Rekordarbeitslosigkeit tragbar.

Die österreichische Bundesregierung war jedoch bisher nicht Willens durch entsprechende Maßnahmen für eine Verbesserung der angespannten wirtschaftlichen Lage zu sorgen. Auch von der wirtschaftspolitischen Koordinierungskompetenz des Bundeskanzlers konnte bisher nichts festgestellt werden. Es ist offensichtlich, daß sich Bundeskanzler Dr. Vranitzky dieser Koordinierungskompetenz nicht bewußt ist.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundeskanzler nachstehende

drin gliche Anfrage :

1. Wann und in welcher Form haben Sie von Ihrer wirtschaftlichen Koordinierungskompetenz Gebrauch gemacht und welche konkreten Erfolge konnten Sie erreicht?
2. Welche Maßnahmen wollen Sie setzen, um eine Verbesserung der angespannten wirtschaftlichen Lage zu erreichen?
3. Welche finanziellen Aufwendungen werden diesbezüglich notwendig sein?
4. Welche diesbezüglichen Steuer- bzw. Abgabenerhöhungen sind geplant?
5. Ist beabsichtigt diesen Finanzbedarf durch Kreditfinanzierung zu decken?
6. Welche Arbeitslosenzahlen erwarten Sie für das Jahr 1996 und 1997?
7. Welche volkswirtschaftlichen und budgetären Belastungen müssen durch diese Rekordarbeitslosigkeit erwartet werden?
8. Wie sollen diese Kosten finanziert werden?
9. In welchen Bereichen wollen Sie die Ausgaben reduzieren?
10. Wollen Sie die ständig steigende Anzahl der Frühpensionierungen reduzieren?
. Wenn ja, wie?
11. Welche Maßnahmen haben Sie bisher gesetzt bzw. werden Sie setzen, um die Pleiterekorde einzudämmen?
12. Welche Auswirkungen sehen Sie aus dem nicht verhinderbaren Zuzug von "Billigarbeitskräften" aus dem südlichen EU-Raum auf den sozialen Frieden, das Lohnniveau und die Arbeitslosigkeit in Österreich?
13. Welchen rechtlichen Charakter hat ihrer Meinung nach die Ermächtigung des Verkehrsministers zur Aufnahme von 60 Mrd. öS durch den Finanzminister?
14. Auf welcher gesetzlichen Basis ist es dem Verkehrs- bzw. Finanzminister ohne Befassung des Parlaments möglich, Kreditermächtigungen bzw. Haftungszusagen für Bahnbauprojekte der ÖBB zu geben?
15. Welche Maßnahmen wollen Sie treffen, um auf den Konsolidierungspfad zurückzukehren?
16. Wieviele zusätzliche Arbeitsplatzverluste müssen erwartet werden, wenn die EU-Wettbewerbskommission den Milliardenzuschuß der AT an die HTM-Gruppe verhindert?
17. Welche konkreten Maßnahmen wird die Bundesregierung wann setzen, um die Attraktivität Österreichs als Wirtschaftsstandort erheblich zu verbessern?
18. Besteht die Absicht die Japan-Exporte der österreichischen Kfz-Zulieferindustrie zu erhöhen?
. Wenn ja, wann und wie werden Sie dies erreichen?

In formeller Hinsicht wird verlangt, diese Anfrage im Sinne der Bestimmungen des § 93 Abs. 4 der GOG des Nationalrates dringlich vor Eingang in die Tagesordnung zum frühest möglichen Zeitpunkt zu behandeln.